

An

Kerstin Schönherr-Faust  
Vorsitzende des Landesverbandes Sozialpädagogischer  
Fachkräfte Berlin e.V.

Per E-Mail an [network@erziehverband.de](mailto:network@erziehverband.de)

SPD LANDESVERBAND BERLIN  
Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

Fon: 030 - 4692-222  
Fax: 030 - 4692-164  
[berlin@spd.de](mailto:berlin@spd.de)  
<https://spd.berlin>

Berlin, 24. September 2021

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021**

Sehr geehrte Schönherr-Faust,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die nachfolgenden Antworten bieten einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD im Bereich der frühkindlichen Bildungspolitik.

Darüber hinaus möchten wir Sie einladen, unter [spd.berlin/wahlprogramm](https://spd.berlin/wahlprogramm) einen Blick in unser umfassendes Wahlprogramm zu werfen.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Lina Najmi

### Wie schätzen Sie die Bedeutung von frühkindlicher und außerschulischer Bildung für Kinder und die Verantwortung der Gesellschaft dafür ein?

Frühkindliche Bildung verbessert die Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und wirkt nachweislich Benachteiligungen von Kindern und Familienarmut entgegen. KiTas sind wichtige Orte für ein gesundes Aufwachsen. Mit dem Berliner Bildungsprogramm ist das Land Berlin führend in der pädagogischen Arbeit und hat als eines der ersten Bundesländer Kita-Zeit als Bildungszeit verstanden. Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen schreibt fest, dass Kinder ein Recht auf angemessene Förderung, Bildung und Teilhabe haben. Gerade in einer so vielfältigen Stadt wie Berlin ist es von besonderer Bedeutung, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Mit Ganztagesbetreuungsangeboten besteht so die Möglichkeit, unterschiedliche Voraussetzungen auszugleichen. Bildung bedeutet Teilhabe! Deshalb setzen wir uns für gerechte und fair verteilte Bildungschancen in der Grund-, Jugend- und Erwachsenenbildung ein. **Den Kitausbau wollen wir deshalb beschleunigen und eine Online-Platzvergabe entwickeln.** Die Ergebnisse der Arbeit der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut machen wir zur Grundlage: Wir möchten einen **weiteren Ausbau der bezirklichen Netzwerke zur Armutsprävention** und die **Stärkung der Armutssensibilisierung** in den Bildungseinrichtungen erreichen.

### Sehen Sie gleiche Bildungschancen für alle Kinder (in Berlin) gegeben? Wenn nicht, welche Ansätze wollen Sie und Ihre Partei verfolgen für mehr Chancengerechtigkeit?

Für die SPD war und ist das Thema Bildung ein wesentlicher Schwerpunkt, für den wir überdurchschnittlich hohe finanzielle Mittel einsetzen. Chancengerechtigkeit in der Bildung bedeutet Teilhabe. Wir haben die Gebührenfreiheit der Bildung von der Kita bis zur Hochschule durchgesetzt, werden sie weiterhin für alle Berliner gewährleisten und investieren in eine inklusive Grund-, Jugend- und Erwachsenenbildung. Für uns ist Bildung das Versprechen für ein gerechtes Berlin! **Kinderrechte sind in Berlin in Art. 13 VvB. der Berliner Verfassung längst verankert.** In diesem Sinne setzt sich die Berliner SPD für einen umfassenden Kinder- und Jugendschutz ein. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein sicheres Zuhause und eine gewaltfreie Erziehung. Damit sie sicher aufwachsen können, muss ihr Schutz vor jeder Form von Gewalt und Mobbing oder Cybermobbing in allen Lebensbereichen gewährleistet werden. **Für einen guten Kinderschutz bauen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote aus.** Dafür tragen Jugendämter eine große Verantwortung, deren Arbeit wir technisch, personell und finanziell so absichern, dass der Kinder- und Jugendschutz gewährleistet werden kann, junge Menschen in Not immer geeignete Ansprechpersonen finden und die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt gestärkt wird. Wir werden konsequent gegen sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen vorgehen und einen Berliner Maßnahmenplan für den Kampf gegen sexuellen Missbrauch erarbeiten. Damit wollen wir Schutz, Fachberatung, Intervention, polizeiliche Ermittlung und Hilfen in Berlin verbessern und auch die Justiz in Berlin kindgerecht gestalten. Dabei orientieren wir uns an den Empfehlungen des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. **Die Berliner SPD wird zudem eine/n unabhängige/n Beauftragte/n für Kinderrechte und Kinderschutz auf Landesebene einsetzen.** Ein wichtiger Schritt für die Bildungsintegration aller Berliner Kinder ist zudem eine solide **Sprachförderung**: Mehrsprachig aufwachsende Kinder müssen beim Erwerb der deutschen Sprache besonders unterstützt werden. Wir entwickeln aktuelle **Instrumente zur Sprachstanderhebung, Sprachlerndokumentation und kultursensiblen Sprachförderung** weiter, um insbesondere auf die besondere Bedeutung der Sprachenvielfalt in Berlin besser eingehen zu können. **Kitas in schwieriger Lage werden durch Modelle der aktivierenden Elternarbeit mit Sozialarbeiter:innen sowie durch Modelle ehrenamtlicher Sprachpat:innen**

**unterstützt.** Wo immer es möglich ist, bauen wir die Angebote der Sprachkitas aus und entwickeln diese zu Familienzentren weiter.

**Wie schätzen Sie die derzeitige Situation der Kitas und die Qualität der frühkindlichen Bildung ein und welche Maßnahmen sieht ihre Partei für die kommende Legislaturperiode für den Bereich der frühkindlichen und außerschulischen Bildung vor?**

**Wie werden Sie Ihre politische Verantwortung zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung nutzen?**

Frage 3 und Frage 5 werden gemeinsam beantwortet: Wir sorgen für gute Betreuung von Anfang an und bauen dafür weiter Kitaplätze aus. Wir garantieren auch in Zukunft jedem Kind einen Kitaplatz. Wir sind der Überzeugung, dass ein regelmäßiger, kontinuierlicher Besuch der Kita ein wesentliches Fundament für Bildung und Teilhabe ist. Über 90 Prozent der über Dreijährigen und über 70 Prozent der über Zweijährigen Berliner Kinder besuchen bereits eine Kita. Wir wollen diese Zahlen weiter steigern. Mit einer qualitativ hochwertigen frühen Bildung sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit und entlasten Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verbessern die Angebote für Familien mit Kindern, die einen komplexen Unterstützungsbedarf haben, beeinträchtigt oder von einer Behinderung bedroht sind. Wir sorgen für kindgerechte Räume und unterstützen Netzwerke für mehr Qualität.

**Welche inhaltlichen Vorschläge hat Ihre Partei bei der Erarbeitung eines Bundesqualitätsgesetzes für Kindertagesstätten eingebracht?**

Unsere Spitzenkandidatin Franziska Giffey hat das Gute-Kita-Gesetz als Bundesfamilienministerin federführend erarbeitet und dabei zahlreiche sozialdemokratische Schwerpunkte gesetzt, für die auf Bundesebene lange gekämpft wurde. Einerseits werden Familien mit geringerem Einkommen unterstützt, andererseits die Qualität in den Einrichtungen und die bedarfsgerechte Ausstattung durch Bundesmittel gesichert. Auf diese Weise trägt das Gesetz Schritt für Schritt zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bei und bietet Ländern wie Berlin gleichzeitig Spielraum, ihre eigenen Schwerpunkte mit Unterstützung von Bundesmitteln umzusetzen. Dazu zählt in Berlin beispielweise eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels.

**Zur Berechnung des Personalbedarfs in Kindertagesstätten sehen wissenschaftliche Empfehlung, wie z.B. der Bertelsmann-Stiftung, die Kenngröße der „Fachkraft-Kind-Relation“ vor, um Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit und Ausfallzeiten angemessen zu berücksichtigen. Wie lauten Ihre Vorschläge für eine Umsetzung der genannten Empfehlungen?**

**Wie beurteilen Sie die bisherigen Maßnahmen gegen den massiven Fachkräftemangel und deren Auswirkungen auf die Kitas und welche konkreten Maßnahmen sehen Sie bzw. Ihre Partei vor, um dem massiven Fachkräftemangel entgegen zu wirken?**

**Vergütungen von Erzieher\*innen liegen um ca. 15% unterhalb der durchschnittlichen bundesweiten Gehälter. Unterstützen Sie die Forderung der Gewerkschaften, die Vergütungen von Erzieher\*innen erheblich zu erhöhen – denkbar wäre der bundesdeutsche Vergütungsdurchschnitt?**

Die Fragen 6, 7 und 9 werden gemeinsam beantwortet:

Jeder Euro, der für Bildung ausgegeben wird, ist die beste Investition in die Zukunft. Dazu gehört, dass wir uns bewusst sind, dass wir mit ganz Deutschland um die besten Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer konkurrieren. Deshalb wollen wir die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verbessern.

Wir werten die Erziehungsberufe auf und verbessern die Rahmenbedingungen insbesondere für Fachkräfte in belasteten Sozialräumen. Wir verbessern die Vergütung in der Kindertagespflege und entwickeln diese qualitativ weiter. Fachkräfte sollen sich innerhalb des eigenen Berufsfeldes weiterentwickeln können, auch im Hinblick auf den Umgang mit digitalen Medien. Sie bekommen so berufliche Perspektiven innerhalb ihres eigenen Berufsfeldes und bei der professionellen Weiterentwicklung des Bildungsangebotes in der Kita. Das System zur Qualitätssicherung in Kitas werden wir durch transparente, verpflichtende und datenbasierte Evaluation fortführen und weiterentwickeln. Wir unterstützen die Kitaleitungen darin, neue Lerninhalte oder Methoden zu entwickeln und werden den Leitungsschlüssel sowie den Betreuungsschlüssel bei den Unter-Dreijährigen weiter senken. Dazu nutzen wir die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes und setzen diese effektiv um. Um mehr Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen, soll aus der vollschulischen eine echte duale Ausbildung werden. Damit machen wir sie nicht nur gebührenfrei, sondern schaffen zudem eine Ausbildungsvergütung. Das senkt die Zugangshürden und steigert die Attraktivität.

**Befürworten Sie eine finanzielle Angleichung der Entlohnung von Mitarbeiter\*innen von freien Trägern gegenüber den Eigenbetrieben (Beispiel: „Hauptstadtzulage“) und die daraus resultierende Anpassung des Kostenblatts?**

Das Land Berlin gewährt den Tarifbeschäftigten und auszubildenden Personen der unmittelbaren Landesverwaltung seit dem 1. November dieses Jahres eine außertarifliche Hauptstadtzulage, um die Berliner Verwaltung im Vergleich zu den Bundesministerien konkurrenzfähig zu machen. In der Vergangenheit haben sich leider viele Bewerberinnen und Bewerber aufgrund der Tarifstruktur gegen die Berliner Landesverwaltung entschieden, hier galt es einen Anreiz zu schaffen. Um auch den Beschäftigten der Freien Träger mehr Gerechtigkeit und die gleiche Wertschätzung entgegenzubringen, werden wir die Ausweitung der Hauptstadtzulage prüfen.

**Wie bewerten Sie das derzeitige Kita-Finanzierungssystem in Berlin und sehen Sie Änderungsmöglichkeiten, damit Zeiten für Eingewöhnung und Integrationsarbeit angemessen berücksichtigt werden.**

Mit dem Abschluss der „Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen“ (RV Tag) erhalten die Berliner Kitaträger eine finanzielle Planungssicherheit. Wie bereits oben ausgeführt, möchten wir die Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen weiter ausbauen.

**Welchen zusätzlichen Platzbedarf/Ausbau von Einrichtungsplätzen im Kitabereich erwarten Sie zukünftig und mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das ermöglichen?**

Berlin investiert seit 2012 verstärkt in den Kita-Ausbau sowie in die Qualität der frühkindlichen Bildung. Insgesamt hat Berlin seitdem rund 50.500 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen und rund 12.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Wegen des dringenden Platzbedarfs verfolgt das Land Berlin mit neu konzipierten modularen Bauten ein Modellprojekt (MOKIB) um möglichst viele Kita-Plätze mit nur einem Planungsverfahren zu schaffen. Bis Ende 2021 entstehen dadurch rund 1.200 weitere neue Kita-Plätze.

**Viele Kindertagesstätten, insbesondere die sog. Kinderläden, sind zunehmend von Kündigung der Mietverträge bedroht. Welche Lösungen sehen Sie vor, um den Verlust von wichtigen innerstädtischen Einrichtungen zu verhindern?**

Die steigenden Gewerbemieten in Berlin und der lückenhafte Rechtsschutz durch das Gewerbemietgesetz des Bundes stellen auch für soziale Einrichtungen eine Herausforderung dar. Wir wollen daher die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, Kleingewerbe (dazu zählen Kindertagesstätten und Kinderläden rechtlich) stärker in ihrem Gebäudebestand zu fördern. Um die soziokulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit der Einführung eines **Gewerbemietendeckels** ein. Um Kleingewerbetreibende, soziale und kulturelle Einrichtungen besser vor Kündigung und Mieterhöhungen zu schützen, treten wir im Bund für **neues Gewerbemietrecht** ein. Eine frühzeitige Vernetzung mit der örtlichen Bezirksverordnetenversammlung bzw. dem zuständigen Bezirksamt ist aber unbedingt zu empfehlen, um gemeinsam eine Lösung finden zu können.

**Wie werden Sie Ihre politischen Möglichkeiten nutzen, um sich für eine größere gesellschaftliche Anerkennung der sozialpädagogischen Fachkräfte einzusetzen?**

Erzieher:innen sind die tragende Säule der Kindertagesbetreuung und verdienen eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Dafür setzen wir uns mit den o.g. Maßnahmen ein.

**Die Beteiligung der sozialpädagogischen Fachkräfte an der Gestaltung der Berliner Kita-Landschaft wurde bisher im Gegensatz zur Beteiligung der Träger oder der Eltern nur unzureichend berücksichtigt. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass zukünftig Berufsverbände stärker in den relevanten Gremien und Ausschüssen beteiligt werden und welche weiteren Möglichkeiten?**

Als Berliner SPD sind wir gerne bereit, dies zu prüfen.

**Welche Maßnahmen für einen sicheren Betrieb der Kitas für Kinder und Beschäftigte müssen in Bezug auf steigende Covid 19-Inzidenzen nunmehr dringend ergriffen werden und wie sieht die langfristige Strategie Ihrer Partei dazu aus?**

Schule und Kita stehen nicht nur für Bildung, sondern sind Orte der Begegnung und des Miteinanders. Gerade deshalb spielt der Infektionsschutz eine starke Rolle. Die Entscheidungsfindung ist für die Verantwortlichen in Fragen der Kindesgesundheit immer eine Gratwanderung und ein starkes Abwägen. Die Situation in den Kitas und Schulen wird sehr ausführlich diskutiert und die Beschlüsse sind immer der aktuellen pandemischen Lage geschuldet. Gesundheitlich ist hier auch die soziale und psychologische Verfasstheit der Kinder von großer Bedeutung. Alle Verantwortungsträger:innen der Stadt bemühen sich um einen möglichst guten und gesunden Verlauf des Schul- und Kitajahres.

Bereits seit 2020 haben Kitas die Möglichkeit, Luftfilter für Räumlichkeiten mit Mitteln des Bundes anzuschaffen. Um die Infektionszahlen gering zu halten, ist eine hohe Impfquote die wichtigste Voraussetzung. Als Berliner SPD haben wir uns bereits frühzeitig für niedrigschwellige und kreative Wege eingesetzt, um Impfungen für breite Personengruppen zu ermöglichen. Erzieher:innen hatten in Berlin bereits im Frühling die Möglichkeit, sich impfen zu lassen. Auch die Elternschaft wurde zu Impfungen mit Blick auf die Kinder aufgerufen, denn diese können nach aktuellem Stand noch nicht selbst geimpft werden, wären aber durch einen schützenden Kokon aus Geimpften umgeben. Corona-Schnelltests und Testcenter haben darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Eindämmung der Pandemie. Mit regelmäßigen Tests können Infektionsketten frühzeitig unterbrochen werden, deshalb haben wir frühzeitig damit begonnen, das Personal in Kitas regelmäßig mit Antigen-Schnelltests zu

versorgen. Auch Eltern erhalten nunmehr für jedes Kind zwei Antigen-Schnelltest pro Woche. Parallel zu dieser Maßnahme wird das Pilotprojekt zur Anwendung von Lolli-PCR-Tests vorangetrieben.

**Erzieher\*innen unterliegen hohen gesundheitlichen Belastungen; hohe Lärmbelastung, psychischen Belastungen und Atemwegs- sowie Muskel- und Skeletterkrankungen sind kennzeichnend. Bisherige Gesundheitsförderungsprogramme explizit für Erzieher\*innen existieren nicht. Auch bei der Anerkennung von einschlägigen Berufskrankheiten werden gesundheitliche Beeinträchtigungen von Erzieher\*innen selten anerkannt. In welchem Maße setzen sie sich dafür ein, dass Gesundheitsförderung und Anerkennung von Berufskrankheiten verstärkt für Kita-Personal angeboten werden kann?**

Über Branchen hinweg möchten wir die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze verbessern. Wir wollen eine deutliche Steigerung der Betriebsbesichtigungen erreichen. Dazu wird eine Beschwerde- und Informationsstelle eingerichtet, die sich an Beschäftigte sowie Betriebsräte und Arbeitgeber:innen richtet (Arbeitsschutz-Hotline). Wir starten einen Dialog „Neue Arbeit“ (mobile Arbeit) mit dem Landesamt für Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen und den Gewerkschaften, mit dem Ziel einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur für die Betriebsparteien. Darüber hinaus ist innerbetriebliche Gesundheitsförderung von großer Bedeutung. Der Arbeitgeber wird hier auch von den Krankenkassen unterstützt, die beratend und koordinieren zur Verfügung stehen. So kann Krankheiten bereits vorgebeugt werden, bevor sie überhaupt richtig entstehen. Der Deutsche Bundestag hat bereits 2015 auf Betreiben der SPD-Fraktion ein umfassendes Präventionsgesetz beschlossen. Die rechtliche Verankerung zur Anerkennung von Berufskrankheiten liegt auf bundespolitischer Ebene im Rahmen des Sozialgesetzbuches sowie der Berufskrankheitenverordnung. Die SPD im Bund hat in den letzten Monaten und Jahren auch dafür gesorgt, dass das Berufskrankheitenrecht reformiert wird und Beschäftigte besser geschützt sind.